

Berlin, 24. April 2006

xxx/06

## **Mitteilung für die Presse**

### **Rede**

des designierten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands,  
dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten

### **Kurt Beck**

auf der

Veranstaltung

### **„Kraft der Erneuerung Auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm“**

am 24. April 2006  
im Berliner Congress Center Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

(Die Rede ist auch unter [www.spd.de](http://www.spd.de) abrufbar)

.../2

Einen schönen guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Tag, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bedanke mich auch meinerseits ganz, ganz herzlich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und dass wir hier zusammengekommen sind, um die Debatte zum Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie zu eröffnen. Ich bin sehr erfreut darüber, wie groß die Resonanz ist. Das macht mir Hoffnung und gibt mir Zuversicht, dass diese Diskussion eine sehr breit aufgestellte, eine sehr intensive und dort, wo es sein muss, sicher auch eine kontroverse Diskussion sein wird, die, wie ich denke, im Herbst 2007 zu einem guten Ende geführt werden kann.

Nachdem Matthias Platzeck diese Diskussion aufgenommen hatte, war es mir wichtig, jetzt keine Diskussionspause entstehen zu lassen, weil er, was wir alle bedauern - unsere besten Wünsche gehen von dieser Stelle aus zu ihm -, aus gesundheitlichen Gründen diesen Prozess nicht fortsetzen konnte. Deshalb ist es an mir, ihm für das, was bezüglich dieser Debatte und was an vielen anderen Stellen von ihm auf den Weg gebracht worden ist, zu danken. Ich glaube, dass dieses Dankeschön und diese Anerkennung am besten dadurch ausgedrückt werden, dass wir auch in seinem Sinne die Ideen aufnehmen, die er eingebracht hat, dass wir sie weiterentwickeln und bereichern. Wir wollen zu einem Programm kommen, an dem mitzuarbeiten ich ihn ausdrücklich gebeten habe, wenn es seine Kräfte wieder erlauben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kraft der Erneuerung - das ist zunächst einmal auch ein Anspruch an uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selber, diese Kraft aufzubringen. Ich bin mir sehr sicher, dass wir sie aufbringen werden. Es ist aber auch ein Anspruch an unser Handeln, diese Kraft im Interesse unseres Vaterlandes, im Interesse eines geeinten Europas und im Interesse einer friedlichen Welt einzusetzen - einer Welt, in der wir für diejenigen, die in Afrika Hunger und Not leiden, uns genauso verantwortlich wissen, wie für die alte Dame, die neben uns wohnt und die niemanden mehr hat, der sich um sie kümmert.

Unser Verständnis von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit ist keines, das durch nationale oder kontinentale Grenzen eingengt wird. Auch das wollen wir an den Anfang dieser Diskussion stellen.

Dabei will ich deutlich machen: Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, dass wir diese Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm so führen, als müssten wir einen Bruch zu unserer bisherigen Politik vollziehen. Dafür gibt es Gott sei Dank überhaupt keinen Grund. Es ist so, dass wir diese Programmarbeit - Ute Vogt hat dies zu Recht gesagt - auch nicht als eine Spielwiese betrachten, auf die wir uns begeben, um der Härte und der Herausforderung des Alltags sowie der Verantwortung auf der europäischen Ebene, in der Bundespolitik, in den Ländern oder in den Kommunen auszuweichen. Nein! Wir werden diese Verantwortung auf allen Ebenen wahrnehmen, in die Zukunft hineindenken und uns auf der Basis dessen, was wir an Grundwerten haben und was Gültigkeit behält, um die Lösung der heutigen Probleme bemühen.

Ich bin deshalb dankbar, dass wir vom Präsidium für den Entwurf, den Matthias Platzeck auch mit meiner Mitarbeit erstellt hatte - zusammen mit Freundinnen und Freunden konnte ich ihm einige Ergänzungen hinzufügen -, grünes Licht bekommen haben, um diese Diskussion jetzt intensiv fortzuführen. Ein Teil der Anregungen - es sind viele eingegangen - ist schon in dieses erste Papier eingeflossen. Vieles wird in den weiteren Diskussionen aufzunehmen sein.

Für intensive Anstöße in den letzten Tagen will ich Franz Müntefering ganz herzlich danken, Peter Struck danken, Hans-Jochen Vogel danken, Erhard Eppler und Peer Steinbrück Danke sagen. Heidemarie Wieczorek-Zeul möchte ich genauso wie Wolfgang Thierse, Elke Ferner, Bärbel Dieckmann, Detlev Albers und vielen anderen danken. Ich nenne diese Namen und ich nenne die von ihnen ausgehenden Impulse, weil sie beweisen, dass wir in der Tat aus vollem Schwung heraus und mit vollem Herzen an diese Herausforderung herangehen. Ich möchte der Programmkommission sehr herzlich danken und ihr sagen: Wir werden mit ihr zusammen die entsprechenden Phasen der Diskussion in den nächsten anderthalb Jahren begleiten. Ich bitte Sie herzlich darum, Ihre Arbeit weiter fortzusetzen.

Der Sinn der Leitsätze, die heute vorgelegt worden sind, ist also nicht, dass wir irgendeinen Weg vorzeichnen, der dann keinen Millimeter weit verlassen werden kann. Nein, es geht uns darum, die Diskussion zu öffnen, und es geht uns darum, dass wir den Dialog mit den Menschen in Deutschland einleiten. Ich will auch meinerseits noch einmal alle sehr herzlich einladen mitzumachen. Über die Möglichkeit des Internets, aber auch auf allen anderen klassischen Wegen ist es niemandem benommen – ich lade alle ausdrücklich ein - , einen Beitrag zu leisten, weit über die Grenzen unserer Partei hinaus lade ich alle ein, ihre Meinung zu sagen, ihre Sorgen zu äußern und ihre Anstöße zu geben. Dabei ist und bleibt für uns klar, dass die Werte, die in über 143 Jahren Geschichte der Sozialdemokratie lebendig waren und umgesetzt wurden, die Basis für das praktische Leben der Menschen ist, auf der wir aufbauen. Es ist eine Basis, die – ich erinnere an die Worte von Willy Brandt – jeweils in ihre Zeit hinein weitergedacht und weiterentwickelt werden muss.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und – ich füge hinzu – ein friedliches Miteinander der Menschen und der Völker: das sind bleibende Werte. Jede humane Gesellschaft muss sich an diesen Werten orientieren und sich auf diese Werte beziehen. Davon sind wir fest überzeugt. Wir werden nicht zulassen – auch nicht in der innenpolitischen Debatte in Deutschland -, dass Freiheit und soziale Gerechtigkeit in falsche Bezüge gesetzt werden. Es gibt nicht das eine oder das andere, es gibt nur ein Sowohl-als-Auch. Das wird für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – und ich hoffe auch für unsere Gesellschaft insgesamt – auch in Zukunft gelten.

An unsere Programme – ich nenne das Heidelberger Programm 1925, das Godesberger Programm 1959 und das Berliner Programm 1989 – können wir anknüpfen, weil wir – das ist keine arrogante Äußerung von Parteifunktionären – in vielen Einzelheiten zwar in der Tat natürlich nicht frei von Irrtümern waren, uns aber in den Grundpositionierungen Gott sei Dank nicht geirrt haben und weil wir uns auch so verhalten haben, dass wir uns zu dem, was wir postulierten, auch bekennen können. Wir wollen uns dazu verpflichten, dass dies auch in den kommenden Jahrzehnten Gültigkeit hat, damit unsere Enkel und deren Enkel sagen können: Ja, diese Sozialdemokratie hat im Interesse der Menschen und im Interesse des Friedens auf der Welt jeweils ihren Beitrag zur Gestaltung der Zukunft geleistet.

Auf die Umbrüche, die wir seit 1989, seit dem Jahr, als das Berliner Programm beschlossen worden ist, erleben durften, muss ich nicht noch einmal hinweisen. Aber wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass das alles keine Selbstverständlichkeit war und ist. Wenn ich mich in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung hier in Berlin aufhalte, muss ich immer wieder daran denken, dass genau an dieser Stelle die Mauer verlaufen ist. Ich rufe mir dann in Erinnerung, wie ich als Jugendlicher auf Holzgerüste geklettert bin, um

über die Mauer zu schauen. Angesichts dessen muss man sagen: Welch glückliche Generation sind wir heute, dass wir in Frieden und Freiheit zusammenleben dürfen! Lasst uns das nie vergessen, auch wenn es darum geht, Solidarität diesseits und jenseits der ehemaligen Grenze in unserem gemeinsamen Deutschland zu üben.

Wir haben eine weitere riesige Chance, nämlich ein Europa miteinander zu gestalten, das Frieden als etwas genauso Selbstverständliches versteht, wie wir gelernt haben, dass die angebliche Erbfeindschaft zwischen den Franzosen und den Deutschen ein Wahnsinn war. Eine solche Selbstverständlichkeit im Denken, im Fühlen müssen wir für ganz Europa miteinander hinbekommen. Deshalb gehören Ost- und Mitteleuropa in unsere Betrachtung mit hinein. Ich bin mir sehr bewusst, dass sich damit so manche soziale Frage, etwa im Hinblick auf Verwerfungen am Arbeitsmarkt, verbindet. Und dennoch: Die Dimension dieser Chance, ein gemeinsames, auf Dauer friedlich zusammenlebendes Europa zu schaffen, ist unglaublich. Es ist eine große Herausforderung, Europas Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diese Herausforderung als Chance ergreifen, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde.

Wer über ein Programm nachdenkt, muss aussprechen, was an Problemen und Herausforderungen da ist. Ich finde, es gibt auch heute noch kaum eine bessere Formulierung dafür als die, welche Ferdinand Lassalle 1882 aus Anlass eines Vortrages über das Verfassungswesen gefunden hat. Er hat gesagt: „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“ Deshalb lassen Sie uns die Fragen, die gestellt sind, zulassen, auch wenn sie unbequem sein mögen. Lassen Sie uns die Dinge, die die Menschen bedrücken, aussprechen, damit wir diese Diskussion nicht über ihre Köpfe hinweg, sondern mit ihnen und in ihrem Interesse zu führen in der Lage sind.

Es gibt neue sicherheitspolitische Herausforderungen, auf die wir uns einzustellen haben. Ich finde, dass sich die Bundesrepublik Deutschland - gerade vor dem Hintergrund ihrer Geschichte, der furchtbaren Nazidiktatur - in beachtlicher Weise auf die tief greifenden Veränderungen und Herausforderungen eingestellt hat. Klares Primat hat bei internationalen Konflikten die politische, diplomatische Lösung. Zunächst einmal müssen wir die Möglichkeiten nutzen, die uns unsere wirtschaftliche Kraft gibt, um gemeinsam mit anderen bei Konfliktsituationen einzuwirken. Wo es vom Völkerrecht gedeckt ist, müssen wir – als ultima ratio – unseren Beitrag aber auch durch den Einsatz der Bundeswehr leisten, um Frieden zu erhalten und Chancen der friedlichen Entwicklung zu schaffen. Ich denke, das ist ein sehr verantwortlicher Weg, der in jedem Einzelfall eine mehr als sorgfältige und sorgsame Abwägung braucht. Deshalb muss er auch in Zukunft in die Parlamentsverantwortung eingefügt sein.

Wir wollen versuchen, unsere Kraft in diesem Europa auch so zu verstehen, dass dieses gemeinsame Europa hinsichtlich seiner internationalen Herausforderung eine stärkere gemeinsame Stimme bekommt und sein Einfluss bei der politischen Konfliktlösung stärker zur Geltung kommen kann, als dies bislang der Fall ist. In bleibender Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wollen wir, was die Veränderungen in der Welt angeht, dieses Europa stärken, damit es seinen Platz auf dieser Welt einnehmen kann - nicht gegen andere Kontinente, sondern in dem Selbstbewusstsein, dass Europa einen eigenen Beitrag leisten muss zu einer verantwortlichen ökonomischen, ökologischen und nicht zuletzt sozialen Kultur auf dieser Welt. Diese Chance haben wir und wir wollen daran arbeiten, sie zu nutzen.

Konflikte stellen sich - ich erinnere an ein Wort von Erhard Eppler - heute in vielfacher Weise nicht mehr nur als nationale und ethnische dar, sondern sind in vielfältiger Weise gestaffelt und können ihren Ausdruck in Formen des Terrorismus finden, die wir in der Vergangenheit kaum für möglich gehalten hätten. Auch das ist eine Realität unserer Zeit. Keine Frage, jedes Volk der Welt - auch wir! - hat das Recht und die Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Aber es ist zu wenig, wenn wir nur daran denken,

uns mit den Möglichkeiten der Geheimdienste und sonstigen Sicherheitsmaßnahmen zur Wehr zu setzen. Vielmehr müssen wir versuchen, an die Wurzeln dessen heranzukommen, was letztlich die Ursache dafür ist, dass Familienväter und -mütter dazu aufgehetzt werden können, ihren Kindern Sprenggürtel um den Bauch zu binden und sie bei Demonstrationen öffentlich vorzuführen. Die dahinter stehende Verunsicherung und Spaltung der Welt muss überwunden werden! Das wird nicht einfach sein, aber wir müssen daran arbeiten, andere Menschen, andere Kulturen, andere Religionen ernst zu nehmen. Das ist ein erster wichtiger Schritt, will man eine Chance haben, Konflikte friedlich zu lösen.

Der Begriff der Globalisierung wird mir eigentlich viel zu häufig verwendet, weil er oft nur als Paravent dient, um zu verbergen, dass man selbst nicht handelt.

Wenn unter dem Begriff der Globalisierung die Veränderungen und Herausforderungen in der Arbeitswelt, auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet subsumiert werden, dann wollen wir doch miteinander festhalten: Lassen Sie uns, lasst uns um die Chancen, die damit verbunden sind, kämpfen und ringen. Lassen Sie uns, lasst uns nicht kapitulieren vor einer Auslegung von Globalisierung, die scheinbar nur die freien Warenströme und vor allen Dingen die freien Finanzströme kennt. Damit ich nicht missverstanden werde: Die wollen und brauchen wir in einer freien Welt auch. Aber daneben muss es Orientierung geben. Es bedarf auch in Zukunft der Klarheit, dass alle, die sich am ökonomischen Geschehen in dieser Welt beteiligen, Verantwortlichkeiten haben.

Auf der gerade stattfindenden Hannover-Messe ist Indien unser zentraler Partner. Ich bin sehr dafür, dass wir mit Indien enge Beziehungen knüpfen. Aber es darf niemand übersehen, dass vieles, was dort geschieht, nicht mit unseren ethischen Grundsätzen vereinbar ist. Wir können es nicht einfach als gottgegeben hinnehmen, dass es dort ein Kastenwesen gibt. Wir wollen nicht akzeptieren, dass Kinderarbeit scheinbar nicht abzuschaffen ist. Das muss hinzugefügt werden, damit die wirtschaftliche Globalisierung, die uns positiv in einer offenen und freien Welt begleiten soll, ihre ethische und moralische Begleitung erfährt.

Es ist wohl wahr: Es ist nicht mehr so einfach, Gewinner und Verlierer auseinander zu halten. Verlierer der Weltwirtschaftsordnung sind nicht mehr automatisch - wie dies in Zeiten der bipolaren Welt der Fall war - vor allem diejenigen, die in der Dritten Welt, in Entwicklungsländern, leben - auch wenn es allzu häufig gerade auf dem afrikanischen Kontinent noch so ist. Vielmehr gehen die sozialen Brüche heute quer durch alle Gesellschaften, sowohl mitten durch die Industriegesellschaften als auch durch Gesellschaften, die sich im Aufbau und in Entwicklungsphasen befinden. So sehr viele von uns Gewinner dieser Entwicklungen sind, so wahr ist auch, dass viele in unserer Mitte, in unserem Land, zu den Verlierern gehören oder sich zu denen zählen, die tagtäglich Angst haben, morgen oder übermorgen zu Verlierern zu werden.

Deshalb kommt es darauf an, dass wir uns darum bemühen, diese Entwicklungen miteinander zu gestalten. Dies ist eine der größten Herausforderungen, die wir mit unserem Grundsatzprogramm anzugehen haben; denn wir wissen um die ökonomischen Bedingungen auf dieser Welt und darum, wie begrenzt die Möglichkeiten auf nationaler oder europäischer Ebene sind. Dennoch glaube ich, dass es entscheidend darauf ankommt, dass wir den Anspruch der Gestaltung nicht aufgeben. Es kann nicht sein, dass Demokratie ihr Ende dort hat, wo ökonomische Interessen ihren Anfang haben. Das dürfen wir miteinander nicht einfach hinnehmen. Wir müssen versuchen, bei uns in Deutschland, in Europa und auf dieser Welt eine Wirtschaftsordnung umzusetzen, in der die dort Handelnden um ihre Verantwortung wissen. Und wir müssen uns in internationalen Verhandlungen um Regelungen bemühen, die dazu beitragen, die Ungleichheiten zwischen Oben und Unten auf dieser Welt nicht wie gottgegeben hinzunehmen.

Um die aktuellen Herausforderungen bestehen zu können, ist eine entscheidende Voraussetzung, dass wir den Umbruch zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft erfolgreich gestalten. Die Qualifikation und die Kompetenz der Menschen ist nach wie vor – und in den kommenden Jahrzehnten eher noch zunehmend - eine entscheidende Grundlage dafür, dass jeder und jede Einzelne eine Chance hat, diesen internationalen Wettbewerb zu bestehen. Das müssen wir tun, damit die Menschen in unserem Land nicht Billigkonkurrenzen weichen oder sich dem Lohndruck bis hin zu einer Grenze beugen müssen, da man nicht mehr von seiner Arbeit leben kann. Deshalb haben wir uns vorgenommen, den Weg zu einer Bildungsgesellschaft, zum lebenslangen Lernen und zu einem fairen Zugang zu den Bildungschancen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen als Sozialdemokratie zu stellen. Ich finde, es ist für unsere Gesellschaft eine der bittersten Niederlagen, dass sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems - wie uns Untersuchungen sagen - hinsichtlich der schichtenspezifischen Chancen nicht ausreichend ist. Das müssen wir ändern, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, lassen Sie uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Stichwort vom demografischen Wandel als einer der Umbrüche in dieser Zeit aufnehmen. Dies darf aber nicht in einer Weise geschehen, wie wir es immer wieder erleben. Oft wird so getan, als sei es eine Katastrophe, dass Menschen heute älter werden. Was für eine seltsame Herangehensweise, wobei „seltsam“ noch sehr vornehm umschrieben ist! Gott sei Dank werden die Menschen älter. Gott sei Dank haben wir 85-Jährige unter uns, die auch im hohen Alter fit sind. Darüber wollen wir uns nicht beschweren. Nein, es kommt darauf an, unsere Kraft darauf zu konzentrieren, den jungen Menschen eine Gesellschaft anzubieten, die - bei aller individuellen Freiheit - die Chance bietet, dass berufliche Zukunft und die Entscheidung für Kinder in dieser Gesellschaft zusammengehen. Das ist unsere Aufgabe, das ist unser Ziel, das ist die zentrale Herausforderung im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

Dass wir dabei auch Vorsorge zu treffen haben für eine altersmäßig anders zusammengesetzte Gesellschaft, versteht sich von selbst. Neben den Bildungschancen umschreibt die Demografie einen zweiten zentralen Anknüpfungspunkt des vorsorgenden Sozialstaates. Lassen Sie uns heute damit beginnen, bei der Landesentwicklungsplanung, bei der Städtebauplanung und den Bauleitplanungen in unseren Städten und Gemeinden es möglich zu machen, dass ältere Menschen barrierefrei zusammen mit jüngeren Menschen leben können, damit es zu Begegnungen über Generationen hinweg kommt. Man muss nicht unbedingt jeden Tag mit den Kindern der Nachbarin, des Nachbarn

spielen, aber es muss die Chance der Begegnung geben. Es ist nämlich eine Bereicherung, wenn Großelterngeneration und Enkelgeneration Berührungen haben, wenn die Jüngeren und die Älteren eine Zukunft mit denen gestalten können, die im Berufsleben stehen. Auf diese Art und Weise entstehen Möglichkeiten zur Hilfe und zur Initiative, aus eigenem Antrieb, aber auch durch die Gemeinschaft gefördert und gestützt - ein Stück Bürgergesellschaft für diese Bundesrepublik Deutschland.

Ich bitte Sie mitzuhelfen, die Hilfen, die individuell notwendig sind, zur Verfügung zu stellen. Ein persönliches Budget für einen Menschen mit Behinderung oder einen Menschen, der der Pflege bedarf, kann sehr viel preisgünstiger sein und trotzdem sehr viel mehr helfen als ein pauschales Angebot, das einfach abgewickelt wird, weil es so vorgegeben ist.

Die persönliche Freiheit beim Auswählen dessen, was man will, und zugleich eine Steigerung der Effizienz sind weitere Ansätze. Im Übrigen ist dies immer damit verbunden, dass die Menschen soweit wie möglich selbstbestimmt leben und dass sie an der Hilfe, die ihnen angeboten wird, auch teilhaben können. Sie müssen teilhaben und mitbestimmen können; denn es ist nicht akzeptabel, dass jemand de facto weitgehend entmündigt ist, weil er körperlich oder geistig der Hilfe anderer bedarf.

Einen Punkt möchte ich hinzufügen, der mir ganz entscheidend wichtig ist: Wir werden uns angewöhnen müssen, dass wir Kreativität nicht nur den Jungen zubilligen können. Sondern wir müssen unsere Weiterbildungssysteme fortentwickeln und über vielfältige Initiativen in unseren Gemeinden und Städten die Fähigkeiten der Älteren und der Alten in diese Gesellschaft einbringen. Wenn wir uns damit abfinden, dass über 50-Jährige nur noch einmal im Leben eine Entscheidung treffen, nämlich die Entscheidung, von der Zahnpasta zu Kukident zu wechseln, dann haben wir verloren, dann werden wir im internationalen Wettbewerb nicht bestehen. Wir brauchen die Kreativität und die Teilhabe der Älteren, und wir müssen sie entfalten.

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich auch zu der Herausforderung der ökologischen Verantwortung ein Wort sagen. Wir haben, lieber Erhard Eppler, im Bereich der Ökologie gelernt, dass wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen haben. Vielleicht haben wir noch nicht ausreichend gelernt, wie viele Facetten dies hat und wie viele zukünftige Chancen es bietet. Dies gilt nicht zuletzt für eine Energiepolitik, die nicht an einer überholten und nicht verantwortbaren Atompolitik festhält, sondern auf Energiesparen, auf regenerative Energien und auf neue Technologien beispielsweise bei Wasserstoff- und Sonnenenergienutzung setzt. Ich bin fest davon überzeugt, dass gerade für unsere Volkswirtschaft in diesen Hochtechnologien in den kommenden Jahrzehnten riesige Potenziale stecken.

Diese Potenziale wollen wir miteinander nutzen, und zwar nicht, indem wir das Wort Ökologie wie eine Monstranz vor uns hertragen, sondern indem wir uns bewusst sind, dass erfolgreiches Wirtschaften immer auch mit sozialer Verantwortung und mit ökologischer Verantwortung einherzugehen hat. Das führt zu vernünftigen Ergebnissen für die Menschen und sichert unsere Lebensgrundlagen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Chancen, die wir haben, die Risiken deutlich übersteigen. Freilich müssen wir Antworten geben können – auch auf die Fragen der jungen Menschen, die Sorgen um ihre Arbeit haben und sich sorgen, ob sie denn die

Dummen sind, wenn sie sich für Familie und Kind entscheiden. Das darf nicht so sein. Deshalb bleiben wir dabei, dass eine familienfreundliche Politik in der Tat eine der zentralen Fragen der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist.

Ich bin mir sicher, dass das, was wir – was Renate Schmidt - auf den Weg gebracht haben und hoffentlich auch fortgesetzt wird, richtig ist. Wir setzen auf Angebote zur Betreuung, ohne den Familien ihre Verantwortung zu nehmen und ohne in das Elternrecht einzugreifen. Auf diese Art und Weise bereiten wir die Kinder vor und geben ihnen eine Chance, die Fähigkeiten, die in ihnen angelegt sind, auch wirklich zu entwickeln, sodass sie über die Bildungswege, die für alle zugänglich und durchlässig sein müssen, ihren Beitrag für ein erfolgreiches Ganzes und für eine erfolgreiche Zukunft leisten können.

Ich denke, dass wir, wenn wir uns um die Beantwortung dieser Fragen bemühen, auch folgenden Gesichtspunkt sehr intensiv miteinander diskutieren müssen, nämlich die Frage, wie es in unserer Gesellschaft um das Vertrauen steht zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und denen, die auf Zeit politische Verantwortung übertragen bekommen haben. Ich fürchte, es steht nicht gut darum. Das drückt sich nicht nur in Wahlergebnissen aus – bei den Wahlen gab es erschreckend niedrige Wahlbeteiligungen -, das drückt sich auch in mancher Ausweichbewegung in Richtung radikaler Gruppierungen aus. Es muss uns allen klar sein: Demokratie kann nicht existieren, wenn die Menschen uns nicht Vertrauen auf Zeit geben. Wenn dieses Vertrauen nicht gerechtfertigt wird, dann kann es durch eine Wahlentscheidung entzogen werden – das ist unsere parlamentarische Demokratie. Ohne Vertrauen aber geht es nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns Politik als Bringschuld gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern begreifen. Es liegt zu einem großen Teil auch an uns, die Kluft, die da ist, zu überwinden und auf die Menschen zuzugehen. Es liegt an uns, den Dialog und das Gespräch zu suchen, nahe bei den Menschen zu sein und uns von unserer Wortwahl her so auszudrücken, dass es nicht so ist, wie kürzlich bei einer jungen Dame, die den Beruf der Floristin lernt und mir gesagt hat: „Wenn Nachrichten kommen, schalten wir - meine Mutter und ich - immer ab, weil wir das sowieso nicht verstehen.“ Es muss erschrecken, wenn so etwas gesagt wird. Wir müssen deshalb daran arbeiten, dass unsere Botschaften verständlich werden.

Wenn es darum geht, um die Inhalte unserer Botschaften zu ringen, dann muss die Wertebestimmung als roter Faden erkennbar sein. Deshalb denke ich, dass wir unseren Anspruch, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres Bemühens steht, immer wieder nachvollziehbar und auch deutlich machen müssen. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass wir helfen, wo Hilfe geboten ist.

Genauso klar muss aber auch sein, dass wir von denen, die Solidarität benötigen, auch einfordern, dass sie den Beitrag, den sie selber zu leisten vermögen, auch erbringen. Denn ansonsten wird dies eine schiefe Art der Solidarität. Diese können und dürfen wir nicht wollen, weil sie gegenüber der Mehrheit der Menschen, die sich abmühen, um für sich selber und ihre Familien aufzukommen und gerade zu stehen, ungerecht wäre.

Deshalb: Hilfe zur Selbsthilfe ist ein wichtiger Grundsatz, zu dem wir stehen. Fördern und Fordern ist eine wichtige Herausforderung, von der nicht ein Teil abgeschnitten werden darf.

Herr Bischof Huber, ich will auch deutlich sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass die subsidiäre Art, mit der wir viele soziale Aufgaben erfüllen, auch für die Zukunft ein gutes



Modell ist. Es ist ein Modell, das es den Menschen, die eine christliche oder andere ethisch-religiöse Überzeugung haben, ermöglicht, ihre Vorstellungen in einer kommunalen Einrichtung zu verwirklichen. Es ist ein Modell - das wird uns fordern -, durch das auch Kulturen, die bei uns weit verbreitet sind - wie die der muslimischen Menschen -, in diese Gesellschaft integriert werden können und durch das Verantwortung auf diese Kulturen delegiert wird, wissend, dass der Weg dahin ein sehr fordernder, ein sehr verantwortlicher, ein sehr schwieriger sein wird. Dort stehen viele Gratwanderungen vor uns. Es kommt mir aber darauf an, dieses Bekenntnis zur Subsidiarität ausdrücklich als meine Position zu unterstreichen.

Im Entwurf unserer Leitsätze, den wir vorgelegt haben, haben wir den Gedanken der Bürgergesellschaft stark betont. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Gestalten der Zukunft miteinander und füreinander kaum durch irgendeine andere Form - und mag sie noch so gut gemeint sein - der staatlichen, kommunalen oder freigemeinnützigen Arbeit ersetzt werden kann. Es gibt kaum ein tieferes Bekenntnis zu den freiheitlichen Werten unseres Gemeinwesens und zu unserer Verfassung als daran aktiv mitzuwirken. Deshalb wollen wir bürgerschaftliches Engagement fördern.

Wir können in Deutschland auf ein vielfältiges Ehrenamt aufbauen. Das ist eine Chance, junge Menschen zu überzeugen; denn nichts überzeugt besser als das gute Beispiel. Wer für andere etwas tut, wer im Verein oder in freier Organisation einen Beitrag für die Gemeinschaft leistet, der ist ein Beispiel für junge Menschen und steht für die Freiheitlichkeit und zugleich für die Solidarität und das Miteinander in einer Gesellschaft. Deshalb glaube ich, dass diese Idee wichtig ist. Sie muss in unserer Republik noch breiter verankert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auch von meiner Seite aus deutlich machen, dass Rechte und Pflichten in Zukunft im Bewusstsein gehalten werden müssen. Rechte und Pflichten in einer freiheitlichen Gesellschaft - das mag altmodisch daherkommen. Wenn wir aber nur noch über Rechte reden, dann werden wir diese Gesellschaft nicht lebendig halten können. Davon bin ich überzeugt.

Wenn wir in diesem Zusammenhang über die Rolle des Staates reden - ich will die Kommunen jetzt einmal unter der Begrifflichkeit Staat subsumieren -, dann ist es völlig selbstverständlich, dass sich ein Gemeinwesen immer fragen muss: Ist die Aufgabe, die wir erfüllen, noch notwendig? Erfüllen wir diese Aufgabe so effizient, dass wir denen, die Steuern dafür zahlen, auch gerecht werden? Dass manche Finanztransfers auch hinterfragt werden müssen, gehört in eine solche Betrachtung mit hinein.

Es ist aber auch wahr, dass diesem Gemeinwesen, das zur Sparsamkeit verpflichtet bleiben muss, Aufgaben zukommen, die der Markt mit seinen Mechanismen nicht zu erfüllen vermag.

Zu diesen Aufgaben gehören die soziale und ökologische Verantwortung in weiten Bereichen unseres Gemeinwesens. Es sind die klassischen Fragen einer vernünftigen und alle Regionen der Republik angemessen berücksichtigenden Infrastruktur - insbesondere auch Telekommunikationsinfrastrukturen. Und es sind die Fragen der inneren Sicherheit, die an Bedeutung eher gewinnen denn verlieren. Über die Bildung habe ich bereits gesprochen.

Lassen Sie uns an dem Beispiel Bildung deutlich machen: Wir dürfen nicht zulassen, dass wir in ein Zwei-Klassen-Bildungssystem auseinander fallen. Ich bin davon überzeugt, wir dürfen bei der Erstausbildung an den Hochschulen nicht zulassen, dass Eltern mit mehreren Kindern wieder überlegen müssen, ob denn die zweite Tochter oder der dritte Sohn auch noch studieren können, weil sich dann die Darlehen vielleicht nicht zurückzahlen lassen.

Deshalb sage ich: Dieses Gemeinwesen hat einen Anspruch darauf, einen angemessenen Anteil dessen, was wir gemeinsam erarbeiten, für solche Aufgaben zur Verfügung zu haben. Alle - die Leistungsfähigeren immer ein Stück mehr als diejenigen, die weniger leistungsfähig sind - werden auch in Zukunft ihren Beitrag leisten müssen, damit diese Aufgaben erfüllt werden können.

Es ist natürlich auch wahr, dass wir nicht allein bei den aktuellen Fragen, sondern insbesondere auf der Zeitschiene, wenn wir die Veränderung in der Alterszusammensetzung der Gesellschaft betrachten, immer wieder überprüfen müssen, wo Sozialversicherungsbeiträge noch die richtige Antwort sind und wo eher Steuern ein geeigneter Ansatz sind, um die soziale Absicherung der Menschen auch in Zukunft zu gewährleisten. Es kann doch keine Todsünde sein, darüber nachzudenken. Es ist eine Notwendigkeit, zu der ich ausdrücklich stehe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, wir reden in vielen Bereichen zu Recht über Nachhaltigkeit. Ich meine, wenn es um die finanziellen Ressourcen unserer Gesellschaft geht, hat der Begriff der Nachhaltigkeit nicht weniger Platz, als wenn es um die natürlichen Ressourcen wie Rohstoffe geht. Daran kann doch kein Zweifel bestehen. Wir können doch bei einer solchen Debatte, in der wir 30 Jahre in die Zukunft blicken wollen, nicht außer Acht lassen, dass es kaum jemanden gibt - nur ganz wenige Kommunen, kein Land und auch nicht der Bund -, dessen Finanzsituation so einfach fortgeschrieben werden kann.

Ich will nicht missverstanden werden: Wir müssen weiter hart sparen. Doch es ist auch richtig: Wenn wir elementare Ansprüche der Zukunftsfähigkeit nicht aufgeben wollen, können wir diese Aufgaben mit der Steuerlastquote, wie wir sie bisher haben, schlicht und einfach in den kommenden Jahrzehnten nicht erfüllen. Dabei bleibe ich ausdrücklich.

Wenn wir über Verantwortung - das betrifft auch die Verantwortung in unserer Wirtschaft - reden, dann will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir in Deutschland, wie ich glaube, neben manchem, was wir zu beklagen haben - so die zu schnelle Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Gewinnkalkül -, doch viele Unternehmen haben, die nach wie vor eine Unternehmenskultur pflegen, die beachtlich ist, eine Unternehmenskultur, die an die nächste Generation und nicht nur an das nächste Quartal denkt.

Ich halte es für eine vorrangige Aufgabe der Sozialdemokratie, gerade die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer dadurch, dass wir ihnen so wenig Restriktionen wie möglich auferlegen, in ihrer Kreativität zu unterstützen. Das ist auch eine Chance für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das muss auch für diejenigen gelten, die neue, die junge Unternehmen gründen. Ihnen müssen wir zur Seite stehen, damit sie nicht über alle möglichen Hindernisse und Barrieren stolpern, damit sie die Chance haben, sich auf ihre Kunden und ihre Produkte zu konzentrieren.

Dies gilt auch und gerade im Bereich von Forschung und bei der Offenheit gegenüber Technologien. Nicht kritiklos, nicht so, dass wir uns die ethischen Fragen dort, wo sie sich stellen, nicht stellen würden. Aber wir wollen, dass Deutschland das Forschungsland ist, dass hier der Forschungsschwerpunkt ist und dass moderne Unternehmen beste Voraussetzungen haben. Das muss unser Ziel sein. Ich glaube, das passt in hervorragender Weise zur Sozialdemokratie.

Es wird für uns - ich sage dies, lieber Michael Sommer, in aller Klarheit und in aller Deutlichkeit - zu keiner Zeit ein Weg sein, die Möglichkeiten und die Notwendigkeiten der Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Unternehmensbereich oder in den Betrieben zurückzunehmen. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen einen Weg, der diese demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten und die Verantwortung, die die gewählten Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter wahrnehmen, auch in Zukunft zur Geltung bringt. Wir werden miteinander darum zu ringen haben, dass dies auf der europäischen Ebene auch in Zukunft Gültigkeit behält.

Das ist unser Weg gemeinsam mit den Gewerkschaften, ohne dass wir dabei die Zuständigkeiten und die unterschiedlichen Aufgabenstellungen verwischen. Wir wollen und wir werden auch in unserer Wirtschaftsgesellschaft für Demokratie eintreten.

Ich will den Gewerkschaften, den Unternehmerinnen und Unternehmern, allen gesellschaftlichen Gruppen ausdrücklich den Dialog anbieten, und zwar auch weit über diesen Diskussionsprozess hinaus. Diskussionen müssen in den Parlamenten geführt werden; sie müssen aber auch im Vorfeld von Parlamentsentscheidungen in sehr breiter Form in der Gesellschaft geführt werden.

Wenn wir auf diese Art und Weise, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen - an den Beispielen, die ich genannt habe, sei es festgemacht -, die Weiterentwicklung der Programmatik der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland betreiben, so werden wir – da bin ich zuversichtlich - unseren Beitrag dafür leisten, den Menschen neue Hoffnung zu geben und deutlich zu machen, dass wir riesiges Glück haben, in Deutschland zu leben und zu arbeiten, in Europa zu leben und zu arbeiten.

Es ist unser Ziel, aus diesem Deutschland, aus diesem Europa eine Gemeinschaft werden zu lassen, in der die Menschen etwas füreinander empfinden, in der wir beweisen, dass wir auch ökonomisch mit einem solchen an den Menschen orientierten Modell international bestehen können. Ich bin zuversichtlich, dass wir sogar besser bestehen können als andere, die die Menschen nur ausnutzen. Wenn wir das miteinander hinbekommen, dann werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unserer großen Verantwortung auch in Zukunft - auch in diesem 21. Jahrhundert - gerecht. Lasst uns daran arbeiten! - Vielen Dank.